

Die Staatseinrichtungen für öffentliche Unordnung

Bürgerkriegsvorbereitungen der Polizei Unerschönte Spionagemethoden des Reichskommissars für öffentliche Ordnung

Zu Beginn der Freitagssitzung des Reichstages wurde nach einigen Reaktionen zwischen Sozialdemokraten und Linken, die noch auf die Tumultvorgänge in der Donnerstagsdebatte Bezug nahmen, beschlossen, den deutschnationalen Misstrauensantrag gegen Kütz, über den namentlich abgestimmt werden soll, auf Mittwoch zu verschieben.

Bei der folgenden Einzelberatung produzierte sich wiederum der Monarchist D r i n g e r mit Vorkreden auf die „leuchtende deutsche Kaiserkrone“ und den nicht noch vollendeten, sondern nur „geöffneten“ Wilschhelm den Holzhader, während der Sozialdemokrat S c h m i d t Kopien des hoch gemordeten Monarchistenjournals aus den Zeiten von 1918 erinnerte.

Genosse K o s e n b a u m nahm im besonderen zum Polizeizweigen der deutschen Republik Stellung. An Hand der Ausgaben für „öffentliche Ordnung und Sicherheit“, die für die Polizei vom Reich aus 190 Millionen Mark, von den Ländern 750 Millionen betragen, wozu noch 384 000 Mark für den Reichskommissar für öffentliche Ordnung, 2 850 000 Mark für die Technische Nothilfe und 200 000 Mark für den Fonds zum Schutz der Republik kommen, kam es er, daß das Innenministerium kein Kulturministerium, sondern ein ausgesprochenes Polizeiministerium ist. Dann fragte er den „Demokraten“ Kütz, ob er sich zu den 1925 vom Innenministerium für die „Sonderpolizei“ erlassenen Ausbildungsparagrafen bekenne, die die Dröherziehung jedes Beamten zum „geliebtesten Einzelkämpfer“ zum Ziel haben, der im Straßenkampf, im Bogenschuß von Handgranaten, in der Kunst des Würfens gegen Haustüren und Fenster und im Schießen gegen Heilmann Gegner ausgebildet sein muß. Welche Folgen diese „Erziehung“ hat, zeigt ein kürzlich stattgefundenes Vorfall in Darmstadt, wo grüne Polizei ohne jeden Anlaß in Panzerautos mit Maschinengewehren gegen dezimierende Arbeitsschleife auftrat. Ungeachtet dieser Verheerung der Polizeibeamten gegen die Arbeiterklasse begründete er die kommunistischen Forderungen, die vor allen Dingen Entfesselung der Polizei und Gleichstellung der Beamten mit den Staatsbürgern verlangen. Dabei betonte er, daß die kommunistische Forderung sich absolut solidarisch erklärt mit den Forderungen der unteren Gruppen der Schutzpolizeibeamten, die bessere Behandlung, Verpflegung und Unterkunft, sowie Fortschritt der militärischen Ausbildung wünschen.

Dann charakterisierte Genosse K o s e n b a u m die unerschönten Spionagemethoden des sogenannten Reichskommissars für öffentliche Ordnung, das schon dadurch genügend charakterisiert erscheint, daß aus seinem Vorläufer, dem entsprechenden preussischen Staatskommissariat, Herr Jürgens mit seinen unbedeutenden Spionagemethoden „Ordnung“ (der Ausdruck „öffentliche Unordnung“ wird vom Präsidenten mit Ordnungszug bedacht) hat es für seine Aufgabe, seine Spionagenetze sogar ins Ausland zu erstrecken.

Bei der Besprechung der Technischen Nothilfe stellte Genosse K o s e n b a u m fest, daß trotz der gegenseitigen Versicherungen des Ministers eine Verbindung der Tens mit dem Bahndienst besteht, der ausdrückliche Anweisungen an seine Abteilungsleiter ausgibt, sich rechtzeitig mit der Leitung der Tens und den Führern der unterständlichen Verbände in Verbindung zu setzen. Interessant ist dabei, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Besprechung der Tens im Ausschuss gar nicht mehr gewagt haben, daß die Verordnung der Reichsregierung vom 10. November 1920 betreffend Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben, auf Grund deren die Tens eingreift, noch heute in Geltung ist.

Zum Schluß erklärte der kommunistische Redner: Wir sehen im Ministerium des Innern nichts anderes als ein Ministerium zur Niederdrückung der Arbeitermassen, ein Polizeiministerium, dem das Vertrauen der gesamten deutschen Arbeiterklasse gehört!

Kütz' Anbiederungsversuche an die Deutschnationalen
Auf die kommunistische Rede antwortete der Ministerdemokrat K o s e n b a u m, der sich als starrer Verteidiger des Götterschicks seine Vorbeurteilungen hat, mit einigen nichtbedeutenden Bemerkungen. Auf die kommunistischen Angriffe wegen der militärischen Erziehung der Polizei erklärte er sich zu der Erklärung, es sei geradezu widerlich, Ententekommissare im Reichstage hören zu müssen! Minister Kütz möge gerade das Gegenteil von dem tun, was die Kommunisten wünschen.

Kütz' Hoch zum Reichstag nicht lange aufzuzählen. Wie um sein Wort den Deutschnationalen geschwundenen Vertrauen wieder herzustellen, hielt er eine Rede, gegen die Kommunisten, die selbst Schuld seien, wenn die Polizei — mit Methoden wie Panzerwagen und Handgranaten — einschreiten müsse. Er werde stets darauf bedacht sein, den Kommunisten mit besseren Waffen als sie hätten, gegenüberzutreten. Er werde auch weiter bestrebt sein, den Spionagebüro im In- und Auslande möglichst lückenlos zu erhalten. Auch der Zeitpunkt zur Aufhebung der Tens sei noch keineswegs gekommen.

Kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Polizeiminister Kütz

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag spricht dem Minister des Innern sein Misstrauen aus, da er seinerseits jede Maßnahme zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktionen unterläßt und dadurch die monarchistischen Bestrebungen fördert, auf der anderen Seite alle von Sozialdemokraten und Sozialisten gegen die Arbeiterklasse geforderten Polizeimaßnahmen unterläßt und durchführt.“

Kütz' Stellungnahme im Reichstag für die brutale Handhabung der Polizei und Spionagemethoden hat keinen wahren Charakter deutlich genug enthüllt. Kütz hat gegen die monarchistische Erziehung der Polizeibeamten nicht ernstlich eingegriffen, ebensowenig wie er gegen die ertüchtungswidrige Unterdrückung der proletarischen Bewegung in Bayern eingeschritten ist. Er hat die Initiative zur Berücksichtigung des Wahlrechts ergriffen, er läßt die von Kautz betriebene Politik der Ausgliederung der unteren und mittleren Beamten fort. Die Stellungnahme der Arbeiterklasse zu ihm ist also trotz seiner republikanischen Phrasen ganz klar.

Streik in den Staatstheatern

Wie der Deutsche Künstler-Verband Crisvermittlung Dresden heute mitteilt, sind die Bühnenmeister der Staatstheater am 12. März in den Streik getreten, weil die geringe Förderung einer Lohnerhöhung von 1,50 M. für jeden Spielabend abgelehnt worden ist.

Die beschriebene Lohnforderung der Bühnenmeister ist im Hinblick auf die ungenügende Höhe der Gehälter in den Staatstheatern Forderungen unbedingt gerechtfertigt. In anderen Städten werden viel höhere Sätze gezahlt.

„Anton Reiche“ sammelt gemeinsam!

Entgegen den Behauptungen gewisser Elemente hat die Volkshilfe der Antone Anton Reiche, Dresden, gemeinsame Sammelstellen zum Vorkriegsstand herausgegeben. Dieser gemeinsamen Aktion war ein glänzender Erfolg beschieden. Das Komitee hat an die KPD und SPD je 100,000 Mark abgeliefert. Genossen, macht's nach!



Einzeichnungsergebnisse aus dem Reich

Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bisherigen Einzeichnungsergebnisse der einzelnen Städte sind folgende:
Hamburg 165 000 — Breslau 63 000 — Frankfurt a. M. 52 300 — Wien 45 000 — Dortmund 45 000 — Stuttgart 45 000 — Mannheim 38 489 — Düsseldorf 34 000 — München 28 443 — Halle 23 583 — Königsberg 20 400 — Ulm 12 000 — Brandenburg 10 000 — Sagen 5200 — Bochum 7500 — Wülheim 5000.

Das Kompromißgesetz

Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsausschuss des Reichstages, der über den Kompromißentwurf verhandelt hat, hat gestern mit der Begründung eines neuen Kompromißentwurfes entgegengesehen und sich dann am nächsten Donnerstag, also auf den ersten Tag nach Wähltag des Volksbegehrens vertagt. Damit liegt der Plan des neuen „verbesserten“ Entwurfs klar: Man wollte die Anhänger des Zentrum und der Demokraten hindern, sich zum Volksbegehren einzuschreiben. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: Man sollte wohl allgemein erwarten, daß das Kompromiß definitiv gestellt würde, ehe die Einzeichnungsschrift zum Volksbegehren abgelaufen sein würde. Seine überraschende Vertagung über diese Frist könnte vermutlich die ungewollte Wirkung haben, daß viele höher Schenkende nun das Volksbegehren durch ihre Unterschriften flügen werden.

Nicht nur Schwankende, sondern alle Kriegs- und Inflationsopfer müssen noch heute zum Einschreiben gehen.

200 Millionen für den Wohnungsbau

Wie die „Vossische Zeitung“ heute morgen meldet, wird dem Reichstag in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf über die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zugehen. Die Vorlage ist gestern im Kabinett beraten worden. Die Regierung beabsichtigt, einen Zinslohnkredit von 200 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Der selbe soll in Pfandbriefen in Verbindung mit der Bekämpfung der Hypotheken- und Pfandbrieforganisationen ausgeben werden. Man hofft damit unter Verwendung der 500 Millionen, die aus den Erträgen der Mietzinssteuer zur Verfügung stehen, etwa 120 000 Wohnungen zu erstellen.

Damit ist natürlich die katastrophale Wohnungsnot nicht zu beheben, wenn man berücksichtigt, daß allein in Sachsen, um nur die allerdinglichsten Wohnungsnotwendigkeiten unterzubringen, jetzt etwa 40 000 Wohnungen notwendig wären. Daß mit diesem Programm von etwa 120 000 Wohnungen keine einschneidende Besserung erzielt wird, erklärt sich aus der Tatsache, daß in der Nachkriegszeit insgesamt etwa 650 000 Wohnungen erstellt worden sind. Dazu kommt weiter, daß infolge der fortwährenden Steigerung der Baupreise in Deutschland die gestellten Erwartungen bei weitem nicht erfüllt werden können.

Der Berliner Schacher

Die deutsche Delegation lehnt alle Kompromißvorschlüsse ab
Die Delegation meldet: Der heutige Abend hat eine folgenschwere Entscheidung gebracht. Die deutsche Delegation ist nun zu erwarten war, fest geschlossen und hat alle neuerlich gemachten Kompromißvorschlüsse abgelehnt. Reichstagsminister Dr. Luder hat am 7. März abends dem englischen Außenminister Canninghame hierüber Mitteilung gemacht.

Wie die heutige Morgenpresse meldet, ist es in Genf zu einem Kompromiß der Vorkriegsmächte gekommen, über den Sonder in folgender Fassung berichtet: „Sofortiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Völkerbundsrat, Überwindung des Vorkrieges zur Schaffung neuer permanenter Ratsorgane an ein Komitee, das bis zum Monat September die Hauptaufgaben und die Zusammenziehung des Völkerbundsrates prüfen soll. Sofortige Zuerkennung eines nichtständigen Sitzes an Polen.“

Nach Partier Meldungen soll die deutsche Delegation entgegen den Teilmotiv-Berichten gestern zum ersten Male nicht gegen die Zuerkennung eines Ratsorgans an Polen Einspruch erhoben haben. Nach den widersprechenden Meldungen in London, scheint in Genf der Schacher um die Nachkriegsperiode im Völkerbundsrat gegenwärtig auf dem Höhepunkt angekommen zu sein. Sollte sich die Meinung der Teilmotiv behaupten und die deutsche Delegation jedes Kompromiß in der Frage der Vorkriegserweiterung ablehnen, würde das einen Sieg des englischen Standpunktes gegenüber der französischen Forderung nach Erweiterung bedeuten.

Gone

Von Theobald Tiger
Gottest du ein Holzbein haben
oder einen Lid,
plagen auch die Rückenwunden,
ist dein Bauch zu dick;
lehnst dir ihre Huld le nicht;
Müßere nicht und schule nicht!
Hellen wird dich kein Professor...
Rurmele:
„Mir coust es schon viel, viel, viel besser —!“
Allen hilft dies Heilgitem
in der Republik.
Und es ist so schön bequem
in der Republik.
Demokraten fühlen sich rund,
weil sie grad nicht eingespunt.
Mit dem Hals am Reichsobermeister
murmeln sie:
Uns coust es schon viel, viel, viel besser —!“
Sache lebt und Eisenwert
nach System Couz,
Richter, Schule, Hugenberg
kennen längst den Dreh.
Weil ein altes Parlament
gradwegs in die Scheibe rennt,
werden Andre leb und leffer,
und sie rufen:
Uns coust es — unbenen! — täglich viel, viel,
viel, viel besser —!“

Der Leibgardist

Ein gutbürgerliches Filmmusikspiel aus dem Budapest der Vorkriegszeit. Ein Stoff für Lubitsch, inszeniert vom Kolossalregisseur Robert Wiene. Seinen letzten Film führte Richard Strauß allein zum „Weltkrieg“, weshalb Wiene sich und seine für dieses Sujet aussparen konnte. Der Film ist so zugenug kulturbildend. Die Sorgen möchten wir haben.
„Hebrigen, was macht einen Menschen zum Gardelieutenant? Eine goldne Uniform, ein Helm und ein Kanonk! Der Film

beweist es. Alfred Abel, der deutsche Konjunktur trägt mit Anstand die Reaktionen des jählichen Weibgastlichen. Maria Corda steht tatsächlich aus wie eine Frau, die auf eine Uniform berechnelt. Den jenseitverwandten Zuschauer wird sie sehr gefallen.“

Neues aus Sowjetrußland

Post, Telegraph und Radio in der Sowjetunion. Das Budget des Volkswirtschafts im Staatshaushalt 1925/26 der Sowjetunion beträgt 137 700 000 Rubel gegen 92 Millionen Rubel im Jahre 1924/25. Der Postverkehr der Sowjetunion hat fast 82 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht, während der Telegraphenverkehr der Hälfte der Vorkriegszeit bereits gleich ist. Die Post wird jetzt in 10 000 Dörfern befördert, während vor der Revolution die entlegenen Dörfer arbeitslos vom Postverkehr ausgeschlossen waren. Im Jahre 1926 wird die Zahl der Dörfer im Postverkehr verdoppelt. Im kommenden Jahre werden neue Luftpostlinien bis zu 10 000 Kilometer eingerichtet, u. a. eine Luftpostlinie Veningrad — Beijing sowie Moskau — Afghanistan. Radio ist ebenfalls sehr weit verbreitet. Radiostationen kann man in den entferntesten Dörfern im Norden der Arktis, sowie in Sibirien finden.

Radioverkehr der Union. Die Radioabteilung des Volkswirtschafts für Post und Telegraphen unterhält jetzt in der Union 47 Sendestationen, 204 Empfangsstationen und 20 Zwischenstationen. Im Verlauf des Jahres 1925 wurden 5 Sendestationen und 8 Empfangsstationen eröffnet.

Der Vortrag Lunatschki, den er in der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland in Deutschland über Kultur und Kunst im neuen Rußland in Berlin hielt, ist etwas geläutert im Jannarheft der „Neuen Rundschau“ (Verlag E. Fischer, Berlin) erschienen.

Sowjedenkongress. In Koltwa im Nordural fand der erste Sowjedenkongress der Großen Sowjedenunion statt. Der Kongress sprach der Sowjedenmacht für ihre Bildungsarbeit unter den nationalen Minderheiten im allgemeinen und den Sowjeden insbesondere seinen Dank aus.

Ein Kongress der früheren politischen Strömungen der Sowjetunion hat in Moskau unlängst stattgefunden. In den Vorträgen wurde die Revolution und der Dekabristenaufstand behandelt. Unter anderen sprachen Trocki, Felix Dohn, Weraigner. Die Gesellschaft zählt zu ihren Mitgliedern 1129 zu Zwangsarbeit Verurteilte, 614 Verhaftete und Verbannte, 229 zum Tode, 88 zu lebenslänglichen Zuchthaus Verurteilte. Insgesamt ver-

brachten die Mitglieder der Gesellschaft 10 080 Jahre im Gefängnis, 1941 in der Verbannung und 1244 Jahre in der Emigration.

Kongress der Regimenter. Im Frühling 1926 wird der Kongress der Regimenter der Sowjetunion stattfinden. Bei der Tagungsordnung stehen die Fragen: Theater und Revolution, Regime und revolutionäre Theater, Ausbildung und Fortbildung der Schauspielerei u. a. m.

Im Künstlertheater wurde ein neues Stück von Elow „Auf der Erde“ inszeniert. Das Stück behandelt das Leben im Sowjetland. Im Hebräischen Theater Sabina wurde „Jahats Traum“ von Wera-Hoffmann inszeniert.

Demnächst werden die Tänzerin Gracie Wieje n i b a l, Leiter der Regietruppe „Chocolate-Ribbini“ in Moskau und Veningrad, Gaitrofen geben: Mary B i l f o r d und Douglas H e l l b a u s (von Film) besuchen Rußland.
Wie bewährt sich die Legalisierung des Abortes? Diese Frage ist nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für Westeuropa von Bedeutung. Zur wissenschaftlichen Beantwortung des Problems sind, um die mit Erfolg eingeschlagene Sowjetische Methode Sowjetrußlands zu veranschaulichen, Schritte der Vorbereitung für Mutter- und Säuglingsgesund in Moskau innerhalb der Abortpolitik folgende drei Wege: 1. wurde eine Regimenter eingerichtet für alle Frauen, die sich um einen Abort im Regimenter hanteln; 2. wurden die Familienverhältnisse von 1000 Arbeiterinnen in Bezug auf Aborter günstig untersucht; 3. wurden die Erfahrungen der Landärzte in der Abortfrage gesammelt, auf 207 Fragebogen. — Diese Untersuchungen wurden von Dr. A. G e n s in Moskau in drei Bänden bearbeitet: „Der Abort in der Sowjetunion“, „Der Abort bei der Fabrikarbeiterin“ und „Der Abort auf dem Lande“. Die Bücher sollen demnächst auch deutsch erscheinen. Die von Dr. L e b e d e w a zu dem Abort auf dem Lande“ geschriebene Vorrede wurde bereits in der „Neuen Generation“ (Januar 1926) veröffentlicht.

Even Hebin über Rußlands geographische Forschung. Ein Stockholmer Vortrag Eben Hebins wurde zu einer Rede auf die von der Sowjetregierung veranlaßten oder unterstützten geographischen Forschungen. Da die überaus reiche geographische Forschung in den letzten Jahren die denkbar besten Ergebnisse gehabt hat, schlägt Eben Hebin die Anknüpfung enger Beziehungen zwischen der schwedischen und russischen Wissenschaft vor. In den letzten Jahren seien i. V. bedeutende geographische und geologische Expeditionen nach der Mongolei, nach Zentralasien und nach Sibirien unternommen worden. Während des Jahres 1912 bis 1925 hätten die Russen nicht weniger als 12 Polarregionen unternommen, so daß Rußland jetzt auf diesen Gebieten die Führung habe.